

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

**Chocoladen, Cacaos
Desserts.**

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Belegblätter
Abdruck der Nachrichten für den
Abnehmer bei Abnahme von
mehreren Exemplaren
zu ermäßigtem Preise
von 2,50 Mk. für
10 Exemplare, 3,00 Mk.
für 20 Exemplare, 3,50 Mk.
für 30 Exemplare, 4,00 Mk.
für 40 Exemplare, 4,50 Mk.
für 50 Exemplare, 5,00 Mk.
für 60 Exemplare, 5,50 Mk.
für 70 Exemplare, 6,00 Mk.
für 80 Exemplare, 6,50 Mk.
für 90 Exemplare, 7,00 Mk.
für 100 Exemplare.

Ungelesen-Zerfall
Abnahme von Ungelesenen
bis nach
3 Uhr, Sonntag
bis Freitag
11 bis 1/2 Uhr.
Die
einzelnen
Abnehmer
sind
in
den
Anzeigen
zu
sehen.
—
Die
Abnehmer
sind
in
den
Anzeigen
zu
sehen.
—
Die
Abnehmer
sind
in
den
Anzeigen
zu
sehen.

Telegrams-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

**Dr. Klenckes aromatischer
Blutreinigungste**
verbessert nach dem neuen Natur-Pflanzenholzverfahren, sehr
angenehm schmeckend u. wirkend. Paket 1 Mk. Alleinverk. u. Versand
Salomonis-Apotheke, DRESDEN-A.
8 Neumarkt 8.

Konfirmanten-Geschenke!
Uhren und Goldwaren.
Treppenhauer, Seestr. 1.

Bruchbänder und Leibbinden

sowie alle sonstigen
Bandagen u. Artikel zur
Krankenpflege empfiehlt

**Carl Wendschuchs
Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Etwas kühler, veränderlich.
Im Reichstage äußerte sich Reichskanzler Fürst
Bilow eingehend über die innere Politik, insbesondere über
die Reichsfinanzreform; er kennzeichnete die Erbschaftsteuer als
den einzig übriggebliebenen Weg, den Beiz zu lassen, und ver-
langte eine feste und unzweideutige Entscheidung noch in dieser
Sitzung.
Das preussische Abgeordnetenhaus begann die
Beratung der Eisenbahnvorlage.
In der Heijßigen Ersten Kammer erklärte Präsi-
dent Graf Goeth-Schlich, von seinem Amte zurücktreten zu wollen;
die beiden anderen Präsidenten schlossen sich dieser Erklärung an.
Für das Nationaldenkmal für Bismarck ist die
Eisenhöhe bei Bingerbrück gewählt worden.
Im ungarischen Abgeordnetenhause stattete
Ministerpräsident Dr. Wekerle Deutschland den Dank für die
musterhafte Freundschaft und Bündnistreue ab.
Der englische Gesandte überreichte in Belgrad im Mini-
sterium des Aushern eine Aide de memoire über die
lettens Serbiens Oesterreich zu überreichende Erklärung.
Der jerbische Ministerrat beschloß, den Forde-
rungen der Großmächte vollständig zu entsprechen.

Deutschlands auswärtige Politik

Am Montag vom Reichskanzler in einer großen Rede
behandelt worden, der sich ein einmütiges Vertrauensvotum
aller bürgerlichen Parteien angeschlossen. Man kann mit diesem
Ergebnis des Tages voll und ganz zufrieden sein, denn es zeigt
dem Auslande deutlich, daß die gesamte deutsche Nation im
kritischen Augenblicke geschlossen hinter ihren Führer steht, ob-
wohl es nicht an scharfer Kritik in Einzelheiten fehlt. Daß
diese oft berechtigt ist, wird niemand leugnen wollen, der
in politischen Dingen überhaupt ein eigenes Urteil hat.
Aber es gibt Zeiten, wo die Kritik im höheren Interesse
zurücktreten muß, um die Macht einer einmütigen Kund-
gebung nicht abzuschwächen. Diese Einsicht haben die Volks-
vertreter am Montag in erfreulicher Weise betätigt und
daher gebührt ihnen die Anerkennung aller Patrioten.
Wenn die Sozialdemokraten wieder einmal auf dem falschen
Weg herum geschritten und sich in törichten Angriffen auf
den Reichskanzler ergangen haben, so beweist das nur, daß
sie — wie gewöhnlich — die nationale Forderung der
Stunde nicht begriffen hatten. Ein neuer Beleg dafür,
daß die Umsturzpartei dem inneren Empfinden des deut-
schen Volkes völlig fremd gegenübersteht!

Auch in seiner Montags-Rede hat sich Fürst Bilow
als glänzender Redner von dialektischer Schärfe gezeigt;
zu bedeutsamer Höhe wuchsen seine Ausführungen dort,
wo er auf die österreichisch-serbische Krise und
Deutschlands bundesgenossenschaftliche Treue gegenüber der
böhmerischen Donau-Monarchie näher einging. Was er
dabei sagte, wird im allgemeinen von dem Verlauf der ge-
samten Nation getragen werden, wie es auch die unumwundene
Zustimmung aller bürgerlichen Parteien im Reichstage
sah. Man muß sich, um unser Verhältnis zu Oesterreich-
Ungarn klar zu beurteilen, immer vor Augen halten, daß
in gewissem Sinne und in bestimmten Grenzen Oester-
reichs Interesse auch das unsere ist. Beide Zentralmächte
im Verein sind kraft ihrer militärischen Stärke auch den
für sie ungünstigsten Mächtegruppierungen gewachsen. Iso-
liert oder gar innerlich entfremdet, könnten sie ihre er-
habene Friedensmission nicht mit gleicher Aussicht auf Er-
folg verwirklichen. Es ist daher ein Gebot politischer
Klugheit, daß sie auch in den schwierigsten Augen treu zu-
sammenhalten. Deshalb hat man es bei uns auch als
selbstverständlich angesehen, als die deutsche Politik gleich
zu Beginn der Orientkrise keinen Zweifel darüber ließ,
daß sie gewillt sei, den österreichischen Verbündeten unter
allen Umständen zu unterstützen. Die Offenheit und
Energie, mit der das geschah, hat nicht unwesentlich dazu
beigetragen, der Krise einen friedlichen Ausgang zu sichern,
trotz aller englischen und russischen Bemühungen, Oester-
reich-Ungarn zu bemütigen und zu schwächen, was, wenn
es gelungen wäre, unfehlbar zum europäischen Kriege ge-
führt hätte. Fürst Bilow bemerkte in seiner Rede mit
Recht, daß selbst eine bloße diplomatische Niederlage Oester-
reich-Ungarns von verhängnisvollen Rückwirkungen auf
Deutschlands internationale Stellung hätte begleitet sein
müßte. Er berief sich auch auf den Fürsten Bismarck, der
oft genug betont hat, wie groß die Interessengemeinschaft
Deutschlands und Oesterreichs im europäischen Konzert ist.
Angehts aller dieser Tatsachen war es dem Reichskanzler
ein Leichtes, die Vorwürfe zu entkräften, die der deutschen

auswärtigen Politik in letzter Zeit wegen ihrer Stellung-
nahme in der serbisch-österreichischen Krise gemacht wor-
den sind. Die einen (darunter besonders die bilow-
feindlichen Zentrumsblätter) hatten den Kanzler in seiner
Bundesrede zu Oesterreich mit dürren Worten als einen
„launen und unzuverlässigen Kantontisten“ verdächtigt; die
anderen (darunter vornehmlich die „Hamburger Nachrichten“
und einige altdeutsche Blätter) warfen ihm vor, daß er sich
gegen das eigentliche deutsche Interesse allzu sehr für den
Verbündeten in Wien engagiert hätte. Beide Vorwürfe
fallen bei näherer Prüfung in sich selbst zusammen, aber
Fürst Bilow gab, indem er die Konterklausur berührte,
selbst zu, daß unsere eigene Geschichte uns zur Vorsicht
auf dem Gebiete auch der ephemersten Mächtelehre mahnt.
Er erinnerte dabei an den Berliner Kongreß, der uns
1878 beinahe in einen Krieg mit England und Rußland
verwickelt hätte. Eine gewisse Reserve wird sich Deutsch-
land deshalb in allen Orientfragen auch fernerhin auf-
erlegen müssen, unbeschadet der Treue zu unserem öster-
reichischen Bundesgenossen, wo es dessen Lebensinter-
essen gilt. Darüber hinaus ist aber, Bismarckscher Tra-
dition entsprechend, weisse Zurückhaltung am Platze, weil,
wie auch der konservative Redner treffend bemerkte, sonst
leicht die ohnehin schon geschwächte Freundschaft mit Ruß-
land ganz in die Brüche gehen muß, was unserer inter-
nationalen Position nicht gerade förderlich wäre und bei
dem allmählichen Wiederaufsteigen Rußlands in finanzieller
und militärischer Hinsicht schwere Gefahren für den Frieden
in sich bergen würde. Je mehr wir uns vom Jarenreich
entfernen, desto leichter wird es England, dieses im Verein
mit Frankreich für seine deutschlandfeindlichen Ziele einzu-
spannen. So ist es denn mit Genugtuung zu begrüßen, daß
Fürst Bilow seine Ausführungen über unsere Orient-
politik mit den Worten präzisierete: „Wir wahren unser
eigenes Interesse und stehen treu zu Oesterreich.“

Die Rede des Fürsten Bilow wird in Wien sicherlich
ein freudiges Echo finden, und es steht zu hoffen, daß
fortan eine noch größere Vertiefung und Festigung der
deutsch-österreichischen Beziehungen eintreten wird. Auf-
fällig ist es, daß der Kanzler die Haltung des Dreibund-
genossen Italien mit keinem Worte anreißt hat. Er wird
wohl seinen Grund gehabt haben! In der Tat hatte man
während der Krise allgemein die Empfindung, daß im Falle
eines europäischen Krieges Italien jedenfalls nicht auf
seiten der anderen Dreibundgenossen zu finden gewesen
wäre. Was der Kanzler zur Marokko-Frage vor-
brachte, war nicht der stärkste Teil seiner Rede. Wenn er
sich gegen den Vorwurf der Inkonsistenz verwahrte, so
wird man darüber anderer Ansicht sein dürfen, denn von
der Kaiserlandung in Tanger (die Fürst Bilow nach seinen
eigenen Worten am Montag selbst veranlaßt und Wil-
helm II. empfohlen hat) bis zum deutsch-französischen
Marokko-Abkommen ist ein weiter Weg — schrittweisen
Zurückweichens. Daß das Abkommen auch in Deutschland
nicht allzu scharf verurteilt worden ist, wie der Reichs-
kanzler mit Genugtuung hervorhob, hat nicht etwa darin
seinen Grund, daß man es für besonders ehrenvoll und vor-
teilhaft für uns angesehen hätte, sondern erklärt sich ein-
fach daraus, daß man der verfahrenen Marokko-Sache her-
sich müde geworden war und angesichts der einschenden
Orientkrise die Wälderung des gespannten Verhältnisses
zu Frankreich als eine gewisse Friedensbürgschaft betrach-
tete. Hätte Fürst Bilow so argumentiert, so hätte er in
dieser Sache besser abgeköpft, als es im Reichstage am
Montag der Fall war. Es war wirklich eine wohlfeile
Redensart, als er gelassen das große Wort aus sprach: „Wir
können nicht vom Schaden anderer leben.“ Ja, zum Glück,
von unserem eigenen aber doch auch nicht! In der Politik
ist es jedenfalls besser, man lebt vom Schaden anderer, als
von eigenen. Auf Kosten der deutschen Interessen eine
vielgepriesene Friedenspolitik zu treiben, ist wahrlich kein
Kunsthstück. Die Ausführungen des Kanzlers wurden denn
auch an dieser Stelle vom Reichstage mit bemerkenswerter
Ruhe aufgenommen.

Glücklicher war Fürst Bilow dort, wo er auf den en-
g-
lischen Königsbesuch und die Frage der Flotten-
erhöhung zu sprechen kam. Das ganze deutsche Volk ist
mit ihm von der ungeheuren Wichtigkeit guter Beziehungen
zwischen England und Deutschland überzeugt. Die wirt-
schaftlichen Schäden, die beide Länder miteinander ver-
ursachen, sind so enorm, daß eine dauernde Entfremdung
unabsehbaren Schaden anrichten würde. Aber schwer ist es,
daran zu glauben, daß das Netzwerk dieser Beziehungen
nicht so leicht zu zerreißen ist, wie sehr auch daran geacrt

wird. Daß daran gezerrt wird, daß beide Länder von „Anat-
tikern“ gegeneinander gehetzt werden, gibt also auch Fürst
Bilow zu; er hofft demgegenüber, daß die wirtschaftlichen
Interessen die Oberhand behalten werden. Ob diese Hoffnung
berechtigt ist, wird die Zukunft lehren. Nichterne Beur-
teiler glauben nicht recht daran, da sie annehmen, daß Eng-
land niemals eine Gleichberechtigung des deutschen Rivalen
anerkennen wird. Hier liegt der Schwerpunkt der Situa-
tion! Ein so genauer Kenner Englands, wie Dr. Karl
Peters es ist, schrieb noch vor wenigen Tagen: „So haben
denn auch von jeher klare und energische britische Staats-
männer die Vernichtung jeder in diesen Gewässern (Nord-
see) rivalisierenden Flotte als ihre nächste politische Auf-
gabe betrachtet. Auf den Grund der Meere versanken vor
enallischen Kanonen wiederholt spanische, französische, hollän-
dische und dänische Geschwader; und ohne Frage sind sich die
kardenden Staatsmänner von heute dieser unumgäng-
lichen Aufgabe ebenfalls bewußt. Wenn auch die deutsche
Flotte am Grunde der Nordsee ruht, kann man in London
wieder beboiglich schlummern und morgens seinen Tee
schlürfen. Deshalb ist jeder Versuch, freundliche Beziehun-
gen zwischen den beiden gewaltigen Staaten zu schaffen,
ganz fruchtlos, solange der Flottenwettbewerb dauert.
Großbritannien muß jede Gelegenheit benutzen, Deutsch-
land als Seemacht zu eliminieren, und der leitende Staats-
mann, der dies nicht erkennt, gehörte an den Galgen. Aus
diesem Grunde wird man in London jede kontinentale
Kombination, welche Hoffnung zu einem Vernichtungs-
krieg gegen das Deutsche Reich bietet, auch benutzen müssen.“

Das ist eine harte Rede, aber sie kommt der Wahrheit
wohl am nächsten. Deshalb auch die Flottenverwirrung
in London und die frampfhaften Bemühungen, sich über
Deutschland für den entscheidenden Schlag eine möglichst
große Heberlegenheit zur See zu sichern. Demgegenüber
war es eine nationale Tat des Reichstages, die die Wirkung
der raiten und debattelosen Bewilligung des deutschen
Marine-Etats noch verstärkt hat, daß er am Montag sich
den Ausführungen Bilows über die Flottenabrüstungs-
frage voll und ganz angeschlossen hat. Der Reichskanzler
betonte ausdrücklich in Wiederholung der Erklärung, die
der Staatssekretär des Auswärtigen in der Budgetkom-
mission abgegeben hatte, daß der deutsche Standpunkt nichts
Unfreundliches gegen irgend eine Macht enthält in Ueber-
einstimmung mit der friedlichen Richtung der deutschen Ge-
samtspolitik. Wenn im Anschluß an diese Erklärung Herr
von Tirpitz klipp und klar darlegte, daß irgend eine Be-
schleunigung des Flottenbaues über das Flottenetats hin-
aus weder statgefundnen hat, noch beabsichtigt ist, so beweist
dies wohl am besten die Loyalität unserer Marineverwaltung,
die doch wahrlich keine Verpfändung hätte, dem Aus-
lande über ihre Absichten und Anordnungen Rechenschaft
abzulegen. Wenn jetzt die Engländer uns noch immer ver-
dächtigen sollten, daß wir „Reberbest“ gegen sie rüsten, so
mögen sie es tun, aber sie tragen dann die Verantwortung
für dieses unqualifizierbare Gebaren, das die Beziehungen
beider Mächte notwendig vergiften und über kurz oder lang
zur Katastrophe führen muß.

Den Eindruck der Kanzlerrede in Paris

Schildert folgende Drahtmeldung des „Berl. Post.-Anz.“: Erst
nach Schluß des Ministerrates, der der künftigen Gestal-
tung der Flotte im nahen Orient nach Beilegung des öster-
reichisch-serbischen Konfliktes gewidmet war, wurden von
Bilows Erklärungen im deutschen Reichstage hier be-
kannt. Der mündlichen Wiederholung des Tages aus dem
deutsch-französischen Marokko-Abkommen,
nach dem Deutschland kein politisches Interesse in Marokko
zu verteidigen hat, legt man hier einen großen Wert bei,
weil diese erneute Verifizierung in einem Augenblick ab-
gegeben wurde, da sich wichtige politische Ver-
änderungen in Frankreichs Beziehungen zu
Marokko vorbereiten, Veränderungen, von denen sofort
nach Genehmigung der vorläufigen Algauischen Verein-
barungen mit dem Machten die Kabinette in großen Zügen
unterrichtet werden sollen. Minister Pichon kann, wie man
aus seiner Umgebung unumwunden zugeht, der Ver-
sicherung v. Bilows nur beipflichten, daß das deutsch-fran-
zösische Marokko-Abkommen seinem Wortlaut und Geist ge-
mäß als Ergebnis jener großzügigen Politik zu betrachten
ist, die seinen Triumph der Staatskunst darin erblickt, dem
Nachbar ohne Notwendigkeit Verlegenheiten zu bereiten.
Frankreich dürfe aber auch für sich die Anerkennung bean-
spruchen, daß vornehme Gesinnungen wie diese seiner eigen-
en Politik nicht fremd sind. Gerade die Erfahrungen der
allerletzten Tage, Frankreichs ungenügende Bemühungen
im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens, könnten da-
für als Beleg gelten.

Fällig ist der Staat von
Königreich & Gläubiger